

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Stadt-Berlin 2,50 M., bei ländlicher Zustellung ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Postamt 2,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Anträgen der Verteilungstafeln für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Preise: In den Adressat-Verzeichnissen oder beim Namen 75 Pf., „Kleine Ausgabe“ das fertige Blatt 40 Pf., jedes weitere Blatt 20 Pf., Anzeigenzuschlag 50%. Bei Familien- und Vereinstellungen gilt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 21. Februar 1919

Nummer 94

Er mordung Kurt Eisners.

Eisner erschossen.

Aus München erhalten wir bei Redaktionsschluss die entsetzliche Nachricht, daß unser Genosse Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident, ermordet worden ist. Es heißt, daß ihn ein Student getötet hat. Der Mörder ist dann von einem Matrosen niedergemacht worden. Die Mordtat geschah gegen 10 Uhr früh, als Eisner im Begriff war, sich vom Ministerium des Reichs in den Landtag zu begeben.

Die Nachricht wird alle deutschen Arbeiter und darüber hinaus die Internationale mit tiefstem Schmerz und mit unparteiischer Erbitterung erfüllen. Einer der Besten, ein Mann, auf den die Unabhängige Sozialdemokratie stolz war, dem die Vertreter der Internationale in Bern wegen seiner tapferen Tat, wegen seiner idealen Gesinnung und seiner opfervollen Hingebungen begeistert gedenken, ist das Opfer eines Fanatikers geworden, den die schwache Hege, die die mehrheitlich sozialistische und bürgerliche Presse gegen diesen Mann unaufhörlich betrieben hat, zur Tat angehetzelt hat.

Eisners Ermordung ist eine Schmach und eine Schande für das deutsche Volk und sie beweist, wie stark der Geist der Anarchität, der jedem wahrhaft Freien und Edlen ein GRENZ ist, noch in diesem Volke lebt. In tiefer Erschütterung stehen wir an der Leiche des Mannes, der gefallen ist, weil er das deutsche Volk so geliebt hat, weil er es zur Freiheit und Wahrheit führen wollte. Möge sein Fall wirken, was sein Wort nicht vermochte, Deutschland auf dem Weg der Freiheit ein Stück vorwärts zu bringen.

Die offizielle Meldung.

München, 21. Februar.

Heute vormittag wurde der Ministerpräsident Eisner auf dem Wege vom Ministerium des Reichs nach dem Landtagsschloß in der Franckerstraße von einem Leutnant Graf Ares-Vallée, durch zwei Kopfschüsse von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und liegt im Sterben. Die Leiche Eisners wurde in das Ministerium des Reichs gebracht, wo sie in der Postkammer aufbewahrt wurde. Dort erschienen alsbald gerichtliche und polizeiliche Behörden zur Aufnahme des Leichens. In den Straßen macht sich naturgemäß große Erregung bemerkbar. Der Landtag, der heute zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, setzt die Beratung unter dem Eindruck dieser Nachricht einweilen aus.

Eisners letzte Rede.

München, 20. Februar. In der heutigen Sitzung des Kongresses der A., S. und B.-Räte Bayerns wurde ein Antrag auf Vertagung des Kongresses angenommen. Weiter wurde der Vollzugsrat der A.-Räte beauftragt, die Interessen der Räte nachdrücklich zu wahren. Soldatenrat Sauber teilte mit, daß ihm bereits am Sonntag die Ankunft von Matrosen in München angekündigt wurde.

Zum Schluß führte Ministerpräsident Eisner u. a. aus, bisher habe man in Bayern gezeigt, daß man die Revolution mit Vernunft und Ruhe gesichert habe. Gezeiten aber habe sich erhoben, daß der Militarismus noch liebe. Es werde aber weder zum Bürgerkrieg noch zur Konterrevolution kommen. Was habe man mit der Kompromisspolitik in Weimar erreicht? Dagegen sehe man mit großer Spannung auf Bayern, und in der Schweiz glaubten einige Blätter, in Bayern ein wirklich neues Deutschland zu erkennen. Er wisse nicht, ob man in Bayern so genau so machen werde, wie im übrigen Reich. Jedenfalls habe man eine großzügige Kulturpolitik in Bayern nur gegen das Zentrum treiben und es sei ausgeschlossen, daß ein Sozialist, der noch des Namens wert sei, in ein Ministerium mit einem Zentrumsmann eintrete. Zur Frage, ob man schon sozialisieren könne, führte Eisner aus, man könne die Demokratie

in die Betriebe einführen, könne verstaatlichen und den Großgrundbesitz für die Allgemeinheit verwerten. Wer glaube, mit Ueberfällen und Putzchen von rechts oder links diese Entwicklung zu fördern, der solle auf den Widerstand der Massen stoßen. Mit der Aufforderung, die Errungenschaften der Revolution zu sichern, wurde die Tagung geschlossen.

München, 20. Februar. Gegenüber dem Gerücht, daß die Matrosen, die an den Vorgängen des 19. Februar beteiligt waren, in putzschifflicher Absicht von Wilhelmshaven nach München entsandt wären, teilte das Ministerium für militärische Angelegenheiten mit, daß es sich bei den fraglichen Matrosen lediglich um solche bayerischer Abstammung handelt, die dem jährlich von Bayern zur Reichsmarine zu stellenden Kontingent angehören.

Gerkenberg in Wilhelmshaven.

Bremen, 20. Februar. Boedemanns Telegraphenbureau meldet: Der Abmarsch gediegener Teile des Landeschützenkorps von Roeder (früher Gerkenberg) hat seit gestern abend begonnen, da die Ruhe und Ordnung in Bremen als gesichert gilt. Im Laufe des heutigen Morgens besetzte das Korps Teile von Wilhelmshaven, Rüsteingen und weitere Jadeplätze. In jeder und Wilhelmshaven herrscht Ruhe. Die Torpedowerkt in Wilhelmshaven soll sich bereits in den Händen der Regierungstruppen befinden. Ein Teil des Korps befindet sich noch in Bremen und wird dort voraussichtlich noch bleiben.

Es ist bezeichnend, daß die Division den Namen „Gerkenberg“ abgelegt hat. Man schämt sich dieses Namens. Aber indem man einen Namen ablegt, wäscht man noch nicht das Blut von sich ab, das an ihm klebt.

Ludendorff kommt.

Ludendorff wird in Schweden un bequem. Die Regierung hat es abgelehnt, die Dauer seines Aufenthalts zu verlängern. Die Frist läuft am Freitag ab. Ludendorff wird also wieder nach Deutschland kommen. Der Boden für seine Wirksamkeit ist hier genügend vorbereitet.

Der Kampf um Bortrop.

Essen, 21. Februar. (Z. U.) Aus Bortrop wird berichtet, daß die Spartakisten die von der Außenwelt vollständig abgeschlossene Stadt Bortrop in ihrem ganzen Umfange besetzt haben. Sie haben jeden Verkehr völlig unterbunden. Bei den vorgestrigen Kämpfen hat es ca. 15 Tote gegeben. Die Mehrzahl der Toten und Verwundeten hatten die Verteidiger der Stadt, die Bürgerwehr und die Polizei. 60 der Verteidiger und etwa 500 Bürger wurden von den Spartakisten, weil sie sich zur Wehr gesetzt hatten, gefangen genommen und nach Sterkrade abgeführt.

Neue Zusammenstöße.

Welschenkirchen, 21. Februar. (Z. U.) Gestern nachmittag hielten die Spartakisten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, das Polizeipräsidium zu stürmen und die Gewalt an sich zu reißen. Kurz darauf drangen Spartakisten auf das Polizeipräsidium ein. Es gelang aber der Sicherheitswehr und der Schutzmannschaft, die Spartakisten zu vertreiben und die Straßen zu säubern. Einige Personen wurden bei dem Zusammenstoß schwer verwundet.

Bericht der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission hat heute der Reichsregierung einen vorläufigen Bericht über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus übersandt. Das Gutachten umfaßt zunächst einen allgemeinen Teil, dann einen Majoritäts- und einen Minoritätsbeschluss über die Hauptfragen der Organisation und einen gemeinsamen Schlussteil über die Fragen des Arbeitsverhältnisses. Die Kommission hielt sich nicht befugt, den Bericht von sich aus zu veröffentlichen, hat jedoch die Regierung gebeten, die Publikation sobald als möglich zu veranlassen.

Wir erwarten, daß die Regierung diesem Wunsche nach Veröffentlichung sogleich nachkommt. Es ist dringend nötig, daß die Sozialisierung endlich in Angriff genommen wird.

Gesundheitliche Forderungen an die Kommune.

Von Dr. Zabel.

Die Berliner Gemeindevätern am 23. Februar, die ersten, welche nach dem allgemeinen gleichen Stimmrecht erfolgen, werden zweifellos eine sozialdemokratische Mehrheit in das Haus entsenden. Damit wird sich die Partei vor die neue und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt sehen, die Verwaltung der Millionenstadt zu übernehmen und zu beweisen, daß sie das Bessere machen kann, als es bisher geschehen. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird um so schwieriger sein, als die Sozialdemokratie diese Verantwortung übernimmt in einer Zeit, in der infolge des Krieges die Wirtschaftslage auch der Kommune Berlin nahezu trostlos ist, die Ausgaben ungeheuer gewachsen sind — bürdet doch unsere städtische Schulden von einer Milliarde allein schon jedem einzelnen Berliner Jahr für Jahr eine Zinsenlast von über 20 M. auf — und die Ueberflüsse der städtischen Werke (Gas-, Wasserwerke usw.) sich in Zuschüsse verwandelt haben. Die Einnahmen der Kommune tunlichst zu erhöhen, die Ausgaben tunlichst zu beschränken, und das, ohne daß die Kulturaufgaben der Millionenstadt, ohne daß die sozialen Pflichten einer sozialdemokratisch geleiteten Muttergemeinde leiden — das wird gewiß keine leichte Aufgabe sein.

Zu den Kulturaufgaben, die auch unter diesen schwierigen Verhältnissen nicht vernachlässigt werden dürfen, gehören in erster Reihe die gesundheitlichen.

Wie keine andere, ist die Hygiene eine sozialistische Lehre, erfüllt von dem Geiste der Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Erkrankung jedes einzelnen gefährdet das Ganze, wie sein Wohlergehen, sein verlängertes Leben, seine verlängerte Leistungsfähigkeit dem Ganzen zugute kommt.

Die sozialistische Auffassung sieht in den Einwohnern einer Stadt die Angehörigen einer großen Familie und in der Gemeindeverwaltung die Mutter, welche für ihre Millionen Kinder sorgt — von der Geburt bis zum Grabe. Diese Fürsorge beginnt bereits im Mutterleibe, indem es Pflicht der Gemeinde ist, die Entwicklung des neuen Bürgers vor Störungen zu bewahren: Einrichtung von Fürsorgestellen für Schwangere (im Anschluß an das Vorkursivschuljahr seit einem Jahr in Berlin bestehend) zur Beratung, Unterstützung, ärztlichen Versorgung und eotl. Unterbringung der Hilfesuchenden auf dem Lande, in städtischen Anstaltsbetrieben, in Zufluchtsstätten für ledige Mütter.

Ja, diese Fürsorge für das Kind hat noch früher zu beginnen, indem (neben dem Haushaltungsunterricht) in Schulen und Fortbildungsschulen schon den jungen Mädchen eine praktische Unterweisung in der Säuglingspflege und Säuglingsernährung zu erteilen ist, damit die junge Mutter, mit all dem Rüstzeug der modernen Hygiene ausgerüstet, in der peinlichsten Keuschheit praktisch geschult, ihrer Entbindung entgegensteht.

Für die Zeit der Entbindung und des Wochenbetts selbst hat die Stadt den Frauen, insbesondere der arbeitenden Klassen, Hauspflegerinnen und Wochenpflegerinnen zur Verfügung zu stellen, welche an Stelle der Mutter die Ordnung im Hause erhalten und nicht nur für die Wöchnerin, sondern auch für den Mann und die Kinder sorgen. Für alle diejenigen aber, die in ungenügenden häuslichen Verhältnissen leben, insbesondere für alle ledigen Schwangeren, Entbindungsanstalten oder — zum mindesten — Ambulatorien für Entbindungen einzurichten. Nur etwa 1 Prozent aller Entbindungen gehen heute in Anstalten vor sich, und dabei ist statistisch festgestellt, daß die Gefahr, am Kindbettfieber zu erkranken, in der Anstalt 5 mal geringer, daran zu sterben, 10 mal geringer ist als in der Häuslichkeit.

Die Stadt hat weiter für die Zeit nach der Entbindung Unterkunft zu schaffen überall da, wo Mutter und Kind Hilfe bedürfen: Wöchnerinnenasyle und Säuglingsheime zu errichten (wie das in Westend bei Berlin, in dem die Mutter gegen die Verpflichtung, 3 Monate in der Anstalt zu bleiben

und das Kind zu nähren, verpflegt wird); in solchen Fällen, in denen es nicht durchzuführen ist, daß Mutter und Kind vereint bleiben, durch Mütterheime und Wärfelheime, es zu ermöglichen, daß dem Kind seine natürliche Nahrung gereicht wird — was bei genügender Schulung und Vorbereitung in Schwangeren- und Wochenbetten fast immer gelingt. 70 bis 80 Prozent aller Sterbefälle kommen direkt oder indirekt auf den Fortfall der natürlichen Nahrung; wenn die Gemeinde Leben erhalten und die bei uns noch immer so gewaltige Säuglingssterblichkeit herabziehen will, hat sie hier einzusetzen.

Inbesondere bei den unehelichen Kindern! Es ist nicht wahr, daß diese von Haus aus mehr gefährdet sind — eher dürfte das Gegenteil zutreffen, da es zumeist junge, kräftige Menschen sind, welche das uneheliche Kind erzeugen. Aber Not und Unverstand der Mutter, Gewissenlosigkeit des Vaters, unzureichende Fürsorge für das Kind, ungenügende Ernährung, Keimlichkeit, Engelmacherei und mangelnde Aufsicht seitens der dazu Verpflichteten verschulden die ungleich größere Gefährdung dieser Kinder.

Eine ganz besonders segensreiche Sädypfung sind die Säuglingsfürsorgestellen geworden, durch die fortlaufende Beobachtung der Neugeborenen durch erfahrene Kinderärzte, durch die Beratung und Unterstützung der Mütter, durch die Mithilfe von Müttervereinen, welche mit ihren Hausbesuchen und Ratsschlägen die Verbindung zwischen Familie und Arzt aufrechterhalten. Schon ist die Zahl dieser Säuglingsfürsorgestellen in beständigem Fortschreiten, schon ist seit einigen Jahren nicht nur der Säugling, sondern auch das Kleinkind vom 2. Lebensjahr bis zum Eintritt in die Schule dieser fortlaufenden ärztlichen Kontrolle unterstellt worden, so daß auch diese Lücke ausgefüllt ist, und das Kind von der Geburt bis zum Eintritt ins Leben, ja darüber hinaus, der Erwachsenen durch die Aufnahme in die Krankenkasse bis ins nicht mehr produktive Lebensalter hinein ärztlich beraten wird.

Auch hier sind die Grundlinien, die Anfänge zu einer Verstädtlichung des Gesundheitswesens bereits gegeben, aber freilich erst die Anfänge, die weiterer Ausbildung und konsequenter Durchführung bedürfen. Es muß die Zahl dieser Säuglingsfürsorgestellen vervielfacht, es muß möglichst dahin gestrebt werden, daß für jede Schule ein Schularzt angestellt wird und außerdem Neurologen, Spezialärzte für Augen- und Ohrenkrankheiten, für Sprachleiden, für Orthopädie usw.

Wie die Säuglingsfürsorge und die schulärztliche Ueberwachung den werdenden Menschen gesundheitslich betreut, so soll den Erwachsenen beim Eintritt in die Berufsarbeit die durch die Arbeiterversicherung ermöglichte ärztliche Versorgung vor Gesundheitschädigungen bewahren und ihm im Erkrankungsfall zur baldigen und vollkommenen Wiederherstellung verhelfen. Auf diesem Gebiet liegt vieles noch im Argen, und auch hier ist es Aufgabe der Gemeinde, alle Hindernisse für die gesunde Entwicklung ihrer Anwohner beseitigen zu helfen, der ungleichen und unnötigen Verteilung der Krankenkassen mit ihren ungleichen Leistungen, der Papier-, Zeit- und Kraftverschwendung, dem Wechsel des Arztes beim Wechsel der Arbeitsstelle usw. entgegenzutreten, eine Familienversicherung der Familienmitglieder als Begleitmaßnahme der Krankenkasse durchzuführen, eine freie Arztwahl zu ermöglichen, damit das für die gesundheitliche Beratung und Heilung so nötige persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Familienmitglied wiederhergestellt wird, und in allen Streitfragen zwischen Ärzten und Familien von Mätern abzugeben — im Interesse der Bevölkerung.

Mit der gesteigerten Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe durch Einführung der Krankenversicherung hat sich auch ein immer stärkeres Bedürfnis nach Krankenhäusern und Sanatorien geltend gemacht, ist die Krankenbettzahl auch in Berlin bedeutend vermehrt, sind ihre Einrichtungen beständig vervollkommenet worden. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Anstaltsbehandlung die Zukunft gehört; da alle größeren operativen Eingriffe, Entbindungen, ansteckende Krankheiten, in die sie gehören, muß die Zahl der Krankbetten in Hospitälern und Heimstätten, die heute schon bei Häufung der Erkrankungsfälle, wie in Zeiten von Epidemien, nicht entfernt mehr genügt, gewaltig vermehrt werden. Die Krankenhäuser müssen zu Beratungs- und Behandlungsstellen, nicht bloß für berufsgeringere, arbeitsunfähige Kranke erweitert werden, es müssen Ambulatorien an sie angegliedert werden, in denen mit all den modernen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden die Feststellung der Erkrankung und des Behandlungsplanes erfolgt und erforderlichenfalls auch rechtzeitige Aufnahme ins Krankenhaus, in Erholungsstätten, aufs Land veranlaßt wird.

Schon der Säugling muß vom Fürsorgearzt ein Gesundheitsklein (eine Individualkarte) erhalten, in dem die Konstitution und die Ernährung, die erbliche Belastung und die häuslichen Verhältnisse, die Fortschritte im Wachstum und Gewichtszunahme, in der Zahnbildung, in der Entwicklung der Sprache und des Gehörs, Erkrankungen und Entwicklungsstörungen vermerkt und durch das ganze „neutrale“ Kindesalter bis zur Einschulung fortgeführt werden, um einen wertvollen Fingerzeig zu bieten für den Schularzt, der nunmehr das Kind übernimmt und alle weiteren gesundheitlichen Feststellungen während der jährlichen Schulzeit, bei Sinnes- und Intelligenzprüfungen, bei Beobachtungen besonderer Neigungen und Verirrungen in Verbindung mit dem Pädagogen vermerkt.

Die Ausmerzungen der Ungeeigneten, die Aufzucht hochwertiger, körperlich und geistig gesunder Individuen wird die sozialistische Gemeinde zu Maßnahmen veranlassen, welche die Höherentwicklung ihrer Mitglieder planmäßig vorbereitet. Dahin gehört neben all dem Gefögten die erst nach Durchführung der Einheitschule in großem Maßstabe ermöglichte Förderung der Hochbegabten, die Erleichterung frühzeitiger Eheschließung, um den aus den Geschlechtskrankheiten drohenden Gefahren für die Aufzucht zu begegnen, die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, Luft- und Schwimmbädern, um die Widerstandsfähigkeit von Körper und Geist zu erhöhen, und vor allem die mit der Bevölkerungsbewegung, der Kindersterblichkeit, der Verbreitung der Schwindsucht und des Alkoholismus, der Geschlechtskrankheiten und Seuchen aus das engste verbundene, wichtigste Frage, die Wohnungsfrage. Während die Gegenwart unter dem Zeichen des Geburtenrückganges steht, die Aufzucht der Kinder in in jeder Weise erschwert durch die mit jedem Familiengrowth sich steigende Mehrbelastung der Eltern, durch die Erleichterung für kinderreiche Familien, Unterstützung und Anstellung zu bekommen, muß die Zukunft im

Gegenteil die Sehnsucht nach dem Kinde, nach zahlreichen Kindern wieder erwecken, indem sie den Eltern diese Last abnimmt und darüber hinaus Prämien für eine zahlreiche Nachkommenschaft aussetzt, indem sie vor allem großzügige Wohnungspolitik treibt. Die Gemeinde muß in den Streit zwischen Mieter und Vermieter eingreifen (Mieteneinigungsamt, Wohnungsamt mit Wohnungsausschüssen und -aufseherinnen), muß ihrerseits Redigensheime und Familienheime, besonders für solche mit zahlreichen Kindern, bauen, muß den städtischen Grundbesitz vermehren, um Einfluss zu bekommen auf den Wohnungsmarkt, um mehr Spielplätze und Anlagen, mehr Luft und Licht in der Kleinstadt zu schaffen, und muß planmäßig dezentralisieren. Die Stadt Berlin besitzt heute bereits so umfangreichen Landbesitz, daß es bei Schaffung der nötigen Schnellbahnen möglich sein muß, ungezählte Tausende in Gartenstädten rings um Berlin anzusiedeln, ungezählten Tausenden von Familien durch Pacht von Kleinfeldern die Möglichkeit zu verschaffen, auf dem Lande zu wohnen und ihren Nahrungsbedarf größtenteils selbst zu erzeugen. In welchem Umfang, darüber hat sich an dieser Stelle bereits Prof. Volzod in der „Freiheit“ verbreitet. In der Landwirtschaft werden „Hände“ in der Zukunft noch höher eingeschätzt werden als in der Gegenwart, hier sind viele Kinder ein Gewinn, ihre Aufsicht stellt keine nennenswerte Mehrbelastung dar. Hier kann das alte Familienleben wieder neu erstehen, mit ihm die Freude am Kinde und an der Natur und der Wechsel zwischen städtischer und ländlicher Beschäftigung an Stelle des überreizten und frühzeitig verbrauchten Menschen ein neues, kräftig ausblühendes Geschlecht heranwachsen lassen, wie es Faust erlebte:

Solch ein Gewimmel mücht ich sehn,
Auf freiem Grund mit freiem Baue stehn.

*) Was manche dieser Berechnungen und heute noch zu optimistisch anmuten, zweifelt wird die Gemeinde, welche all diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse ihrer Kleinfelder und Kleinbetriebe auf genossenschaftlichem Wege zu sammeln, zu lagern, in die Großstadt zu schaffen und zu verteilen hat, durch diese Kommunalisierung der Lebensmittelerzeugung in die Lage kommen, den allergrößten Teil des Bedarfs der Bevölkerung an frischem Gemüse und Obst, an Kartoffeln und Getreide, an Milch, Butter und Käse, an Fett und Fleisch bedeu zu können.

Die Wahrheit gegen die Lüge.

Der „Vorwärts“ sieht sich gezwungen, eine Zuschrift des Mitglieds des Zentralrats Struve in Sachen Liebknecht-Luxemburg zu veröffentlichen, die den vom „Vorwärts“ veröffentlichten Darstellungen aufs schärfste widerspricht. Einleitend betont Struve, daß er Mitglied der S. P. D. sei und nicht Mitglied des U. S. P. D., wie die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet hat.

Zu den Ausführungen des preussischen Justizministers Heine im „Vorwärts“ vom 18. d. M. möchte ich bemerken: Abgesehen davon, daß unsere Anwesenheit von der Zustimmung der Beschuldigten abhängig gemacht wurde, gestattete und der Kriegsgerichtsrat Jörn bei den ersten Berechnungen nicht, an die Beschuldigten und Zeugen Fragen zu stellen. Erst auf unser dringendes Ersuchen hin durften wir uns an dem Verhör direkt beteiligen. Ich habe keine Zeugenerklärung verfaßt, von der ich vorher benachrichtigt war; wohl aber wurde der Generalstaatsanwalt, Herr Hauptmann Pabst, vernommen, ohne daß das Gericht einem von uns davon Kenntnis gegeben hätte.

Struve weist ferner darauf hin, daß die Darstellung in den Artikeln des „Berliner Tagbl.“ vom 19. d. M. und des „Vorwärts“ vom 20. d. M. nicht den Tatsachen entsprechen. Im „Vorwärts“ werde mitgeteilt, daß das Gericht die Zulassung der Rechtsanwältin abgelehnt habe und den Antrag der Regierung auf ihre Zulassung dem Kriegsminister zur Entscheidung unterbreitet habe. Demgegenüber stellt Struve fest:

In unserer Denkschrift haben wir aber ein Schreiben der Reichsregierung vom 25. Januar wiedergegeben, das in der zweiten Hälfte lautet: „Sie wünschen, daß wir an den Gerichtsherrn das Ersuchen richten, als Vertreter der Familie Liebknecht, Dr. Kurt Rosenfeld, und als Vertreter der Familie Luxemburg, Herrn Dr. Siegfried Weinberg, zu den Untersuchungsbehandlungen zuzulassen. Das Ersuchen um Zulassung des Herrn Dr. Rosenfeld haben wir abgesandt und der Kriegsminister hat es unterschrieben.“

Demnach hätte also das Gericht dem Kriegsminister einen Antrag zur Entscheidung unterbreitet, der vom Kriegsminister bereits mitunterzeichnet war.

Nachdem Struve ferner festgestellt hat, daß die Regierung ebenso wie das Gericht wissen mußte, daß es zur Zulassung der Rechtsanwältin nur einer Anordnung und nicht einer Bitte bedurfte, sagt er zu den Ausführungen des „Vorwärts“, er hätte nicht konsequent gehandelt:

„Ich für meine Person habe meine Aufgabe nicht so aufgefaßt, daß ich die Teilnahme an den Untersuchungsbehandlungen von vornherein von der Einsetzung einer Sonderuntersuchungskommission abhängig machen mußte. Ich habe sie vielmehr darin gesehen, alles zu tun, was zur Aufklärung der Vorgänge vom 15. Januar beitragen könnte. Dazu gehörte allerdings, daß ich von Anfang an forderte, eine Sonderuntersuchungskommission einzusetzen, und das Verfahren einem Zivilgericht zu übergeben. Dazu gehört aber auch, daß ich trotz des Standpunktes der Regierung solange an den Untersuchungsbehandlungen teilnahm, wie sich dies mit meiner Aufgabe vereinbaren ließ.“

Die Denkschrift ist erst veröffentlicht worden, nachdem für mich kein Zweifel mehr darüber bestand, daß auf das Verfahren — wenn nicht anders, dann eben durch die Denkschrift — ein stärkerer Einfluß ausgeübt werden müßte. Wie war es denn möglich, daß die zu meinem Ausschreiben an der Kommission die Transportmanuskripte der Frau Luxemburg nicht ermittelt werden konnten? Herr Kriegsgerichtsrat Jörn versichert zwar in seinem Schreiben vom 5. d. M., daß zu deren Feststellung alles geschehen sei und weiß unsere Vorwürfe auf das allerentschiedenste zurück. Aber mußte nicht schon der Transportführer, Oberleutnant Bogel, die Leute nach am Abend des Vorfalles nachhaft machen, wenn ihm, wie er ausfragt, die Frau L. unterwegs von bewaffneten Zivilisten geraubt worden war? Müßte nicht der Generalstaatsanwalt, als ihm Oberleutnant Bogel Meldung machte, die Leute unverzüglich ins Verhör nehmen?

Stumm drückt der „Vorwärts“ diese Anklage gegen das Gericht der Mörder und die mitschuldige Regierung ab. Die Tatsachen sprechen so deutlich, daß selbst die im Verbrechen so gewandten „Vorwärts“-Redakteure nichts Besseres zu tun wissen, als zu schweigen!

Die nationalpolitische Hege.

Die Beendigung der Feindseligkeiten gegen die Polen, die die Entente durchgesetzt hat, ist für den Militarismus eine große Verlegenheit. Denn die Frage erhebt sich, wozu denn noch länger die üblen Freiwilligen-Verbände fortgeführt werden sollen, wenn endlich die Oberste Heeresleitung aufgelöst werden wird. Dagegen wehrt sich das Offizierkorps natürlich mit aller Kraft, weil es dadurch seine einträgliche Beschäftigung verlieren würde, und weil dadurch seine Hoffnung, im geeigneten Moment eine regerevolutionäre Macht darzustellen, stark vermindert würde.

Deshalb sucht es seine Unentbehrlichkeit nachzuweisen. Mit verstärkter Kraft wird wieder eine Presselkampagne arrangiert. Die Bolschewiki drohen in Deutschland einzudringen, die Polen greifen angeblich noch immer an, und jetzt erscheinen plötzlich auch die Litauern und wollen Glatz erobern.

Wir kennen nun noch gerade die Weise, den Text und die Verfasser und wollen mit aller Deutlichkeit sagen, daß das alles lägenhafte Alarmnachrichten sind, die nur die Unentbehrlichkeit der Verbände und des Offizierkorps beweisen sollen. Die Bolschewiki haben weder die Absicht, noch sind sie imstande, gegen Deutschland Krieg zu führen, den Polen hat die Entente die Einbaltung der Demarkationslinie mit allem Nachdruck vorgeschrieben und die Litauern haben so viel mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen, daß sie an alles andere denken als Krieg anzufangen. Außerdem hat die Entente gesagt, daß sie diese Eroberungen auf eigene Faust weder dulden noch anerkennen will.

Es handelt sich also nur um elende Bormände, den deutschen Militarismus aufrecht zu erhalten und die Verbände fortzuführen, die man gegen den „inneren Feind“ für nötig hält. Es ist das selbe niederträchtige Spiel, das 1914 getrieben wurde, um die nationalpolitischen Reichsaktionen anzufachen. Die Arbeiterchaft wird aber heute ihren klümmerten Feinden nicht wieder aufsitzen und diesem Lügenfeldzug keinen Glauben schenken. Dazu waren ihre Erfahrungen denn doch zu bitter.

Aufhebung der Soldateska.

Die Regierung erntet, was sie gesät hat. Sie hat den Militarismus und Nationalismus gezüchtet, und jetzt wächert er ihr rasch über den Kopf. Die Offiziere fürchten, ihre Beschäftigung zu verlieren, wenn der Krieg endlich auch im Osten eingestellt würde, drohen, der Regierung einfach den Gehorsam zu verweigern. Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht zwei Kundgebungen, die von einem Unteroffizier und einem „Hauptmann und Kommandeur“ des Grenzschaubes Birnbaum an den deutschnationalen Ostmarkenabgeordneten Ohler, in denen die Herrschaften drohen, ihre Kriegspolitik auch gegen die Regierung zu forcieren. Unter frechen und ekelhaften Beschimpfungen des polnischen Volkes erklärt der „im Namen des Vertrauensvotums der gesamten Truppen des Grenzschaubes Birnbaum“ ein Unteroffizier Weber, es dürfe kein Fuß breit deutschen Bodens der „polnischen Mäuerbande“ überlassen werden.

„Eine Regierung, die dem zustimmt, ist keine deutsche Regierung. Was uns befehlen wer will, wir bleiben in den von uns besetzten Stellen, solange wir noch eine Patrone haben. Nur über die Reichen von Tausenden und Abertausenden deutscher Männer geht der Weg in die von euch besetzte Stellung. Will euch es aber zum Außerirdischen kommen lassen, will er Deutschland vollständig zugrunde richten, dann sind auch wir zum Außerirdischen entschlossen, dann werden wir dem Bolschewismus die Tore öffnen und mit ihm zusammen Europa übersüden. Dann dürft auch für euch und seine auf Höhenwahn aufgebaute Imperatorstellung die Stunde geschlagen haben.“

Und der Hauptmann Boelke erklärt: „Das gesamte Offizierkorps betrachtet es deshalb als Ehrensache, seinen Schritt langsam zurückzuweichen und die jetzige deutsche Linie bis zum letzten Atemzuge zu halten. Dies haben wir der Bürgerschaft versprochen, dies werden wir unter Einsatz der eigenen Person unbedingt halten.“

Das ist also Gehorsamsverweigerung in schönster Form! Und man wird sich merken, daß die „Deutsche Tageszeitung“ diese Kundgebungen mit Befriedigung abdruckt, wenn die Vaterlandspatrioten wieder mal über revolutionäre Kundgebungen von Soldaten schimpfen sollten.

Am übrigen beweisen diese Kundgebungen, daß die Regierung diese Sorte von Offizieren und Unteroffizieren, denen sie zur Macht verholfen, denen zuliebe sie die Soldatenräte unterdrückt hat, auf die sie sich bei ihrem Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterchaft stützt, denen sie, wie der Fall Liebknecht-Luxemburg zeigt, alle Rechtsgarantien preisgibt, gar nicht mehr in der Hand hat. Die Militärgewalt erhebt sich wieder ganz wie ehemals gegen die Zivilgewalt. Und das, wo ihr Verhalten die schlimmsten internationalen Konflikte hervorgerufen, unabsehbare Kollisionen über das deutsche Volk heraufbeschwören könnte! Das ist die Frucht der Politik des Nobles.

Aus der Weimarer Idylle.

In Weimar hat es gestern eine Dauerstimmung gegeben. Genosse Bod widerlegte zum Schluß der Sitzung die Behauptung Noskes, daß der Einmarsch der Regierungstruppen in Gotha durch das Verhalten der dortigen Bevölkerung notwendig geworden sei. Vor allem unterstrich er die Tatsache, daß die Regierungstruppen in Gotha in der provokativsten Weise von der Waffe Gebrauch gemacht haben.

Als Vertreter der Regierung von Sachsen-Coburg-Gotha sprach sodann Dr. Löwenhard das Wort, der die Redliche Darstellung bestritt. Die Ausführungen des Regierungsvorredners sind den versammelten Damen und Herren höchst unangenehm gewesen. Der unvermeidliche Erzberger entdeckte, daß Herr Löwenhard keine Legitimation als Regierungsvorredner habe. Daraufhin wurde Löwenhard das Wort entzogen und man wies ihn kurzerhand aus dem Sitzungssaal.

Katzenbach war Dr. Löwenhard im Besitz eines rechtmäßigen

auszuwerfen. Da sich aber vor einigen Tagen Koburg von Gotha losgelöst hat, soll der Ausweis nicht mehr gültig sein. Eine würdevolle Komödie!

Der Gewaltakt gegen Gotha.

Aus Gotha wird uns geschrieben: In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben Regierungstruppen Gotha besetzt. Die bürgerliche Presse hat durch allerlei Schwindelnachrichten die nötige Stimmung dazu erzeugt. Es hieß, in Gotha seien Straßenkämpfe ausgebrochen und die Arbeiterschaft habe sich der Forderung nach Entlassung nicht gefügt. Die Regierungstruppen kamen wie die Diebe in der Nacht, besetzten den Bahnhof, die Post und das Schloß, den Sitz der Regierung der Volksbeauftragten.

Gegen einige Fabriken ging man im Sturme vor. Obwohl kein Widerstand geleistet wurde, beschloß die Weiße Garde die Waggonschraib. Dabei wurden 8 Arbeiter getroffen, die am Schmelzfeuer starben. Einer wurde so schwer verletzt, daß er bereits gestorben ist. Als Antwort auf das provozierende Vorgehen wurde in Gotha der Generalstreik proklamiert. In der Stadt Gotha brach der Streik ganz spontan aus. Auch die Eisenbahnwerkstätten und die Unterbeamten des Zugdienstes beteiligten sich sofort ohne jede Aufforderung an dem Streik. Der Streik wird durch ganz Thüringen seine Wellen tragen. Eisenach hat sich schon angeschlossen, ebenfalls Esch und andere nichtsozialistische Orte. Meinungen dürften folgen. Die Gas- und Elektrizitätswerke wurden sofort stillgelegt. Gotha liegt im Dunkeln. Am Donnerstag den Generalstreik ebenfalls in den Streik getreten.

Die ganze Aktion der Regierungstruppen gipfelt in der Befestigung der Soldatenräte, der Wiedereinführung der Kommandogewalt und der Verlegung des Infanterieregiments 59 nach Koburg.

Die Wahl zur konstituierenden Landesversammlung, die am kommenden Sonntag stattfinden soll, ist in der größten Weise gestört worden. An ein ruhiges Abstimmen ist nicht mehr zu denken. Das revolutionäre Proletariat Gothas soll um die Früchte der Revolution betrogen und den Rechtssozialisten unter dem Schutz der Kanonen und Maschinengewehre die Regierungsgewalt in die Hände gespielt werden. Trotz größter Erbitterung gegen die Regierungsmaßnahmen sind bisher weitere Zwischenfälle nicht eingetreten.

Endlich ein Posten.

Die „P. P. R.“ melden: Um die in Berlin bestehende militärische Macht einheitlich zusammenzufassen und zugleich das Militärkorps, das in Arbeiterkreisen teilweise gegen die Freiwilligenkorps besteht, zu überwinden, wird der Reichswehrminister Roske in den nächsten Tagen den sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpslin zum Gouverneur von Berlin ernennen.

Akademische Freiheit im neuen Deutschland.

Aus Münster wird uns von rechtssozialistischer Seite geschrieben:

Als unser Militärdiktator Roske mit Hilfe des kommandierenden Generals nach bekannter Methode in Münster für Ruhe und Ordnung sorgte, wurde natürlich auch aus den reaktionärsten Elementen eine Studentenwehr gebildet. Die Universität mußte der kaiserlichen Roskegarde als Waffensiederlage und Kaserne dienen, und damit diese kriegerischen Studenten nicht benachteiligt würden, wurde die Universität geschlossen. Gegen den Mißbrauch der Universität als Kaserne wollte die sozialistische Studentengruppe eine Protestversammlung einberufen. Der Rektor Smeid verbot das und erklärte, wenn die sozialistischen Studenten doch protestierten, könnten sie sich als relegiert betrachten. — Akademische Freiheit im freien Volksstaat der Ebert-Scheidemann-Roske!

Mufur

zur Reichskonferenz aller Arbeiterräte der gesamten Waffen- und Munitionsfabriken Deutschlands.

Am Sonntag, den 9. März 1919, 10 Uhr vormittags, findet im Kaiserpalast in Erfurt eine Reichskonferenz der Arbeiterräte der gesamten Waffen- und Munitionsindustrie Deutschlands statt, wozu hierdurch alle staatlichen und Privatfabriken ersucht werden, Arbeiterräte zu entsenden und zwar bis 2000 Arbeiter einen Delegierten, für je weitere 2000 einen Delegierten.

Der Zweck der Konferenz soll sein, über die zukünftige Herstellung in Waffen und Munition zu entscheiden und Stellung zu nehmen, um eine schnelle Herbeiführung der Friedensproduktion zu erzielen.

Anfragen und Auskünfte sind zu richten an Kollegen Stegmann, Arbeiterrat Gewehrfabrik Erfurt, für Groß-Berlin an Kollegen Wagner, Arbeiterrat Gewehrfabrik Spandau.

Aus der Partei.

Trennung zwischen Spartakus und U.S.P. in Magdeburg.

In Magdeburg hat sich die Trennung zwischen Spartakusbund und U.S.P. vollzogen. Schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung hatten sozialistische Mitglieder des Spartakusbundes nicht nur durch Stimmhaltung, sondern auch durch mancherlei andere Mittel das Wahlergebnis der U.S.P. D. herabgedrückt. Danach schien ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich. Als nunmehr von den Kommunisten der Antrag gestellt wurde, die U.S.P. möge sich der Stadtverordnetenwahlen enthalten, wurde die Trennung unvermeidlich. Nach langen Auseinandersetzungen verließen die Kommunisten, die sich schon vorher eine eigene Organisation geschaffen hatten, die Versammlung und erklärten ihren Austritt aus der Partei.

So kümmerlich die Trennung von manchem tapferen kommunistischen Genossen sein mag, so war es doch notwendig und wird dazu beitragen, den Anhängern der U.S.P. D. ihre Aufklärungsarbeit im rein sozialistischen Sinne zu erleichtern.

Als Delegierte für den Parteitag wurden die Genossen Brandes und Dr. Thesing gewählt.

Eine Kreisversammlung in Oberbarnim fand am Sonntag im Gemeindefestsaal in Freiental. Delegierte waren anwesend: Oberbarnim 15, Kupferhammer 3, Fregermühle 4, Schöpsfurt 2, Breiten 2, Berneuchen 1, Wiesenthal 2, Drib 1, Strausberg 1 und Kreisrat: 2 Genossen. In einem instruktiven Referat

Walter Genosse Müller-Karlshorst die politische Lage sowie die dringende Notwendigkeit und die Aufgaben des kommenden Parteitag. Genosse Franz Müller, Oberbarnim, wurde als Delegierter gewählt mit der Verpflichtung, in den einzelnen Orten Bericht zu erstatten. Ueber Organisation, Agitation und Presse referierte Genosse Gabel. In der Diskussion wurde die Preisfrage behandelt, wobei Genosse Müller die technischen Schwierigkeiten bei Herausgabe von Kopfschlüsseln schilderte. Außerdem wurde Müller beauftragt, bei der Parteileitung die Wünsche der Genossen in Bezug auf die Presse vorzutragen. Es wurde noch beschlossen, alle drei Monate eine Kreisversammlung abzuhalten. Die nächste findet in Oberbarnim statt.

Gewerkschaftliches.

Sozialisierung der Bekleidungsämter.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Schneider nahm am Mittwoch in den „Kaiserhallen“ am Rottschilp den Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1918 entgegen, aus dem hervorgeht, daß die Mitgliederzahl von 4911 am Anfang des Quartals auf 13.228 bei Abschluß des Jahres gestiegen ist. Seit der Revolution hat die Berliner Mitgliedschaft über 10.000 Renaufnahmen zu verzeichnen! — Der Vorsitzende des A. u. S. Rates vom Bekleidungsamt in Spandau R. Lehmann hielt dann ein instruktives Referat über die Frage: Sollen die Bekleidungsämter abgebaut oder ausgebaut werden? Ausgehend von der sozialistischen Programmforderung, nach der die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln beseitigt werden muß und als Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung unter Ausmerzungen aller rückständige Produktionsweisen die Zusammenfassung aller Großbetriebe zu einer einheitlichen sozialistischen Wirtschaft hingestellt wird, ging der Redner zu der Frage über, wie weit in der Bekleidungsindustrie eine Sozialisierung möglich ist. In den Bekleidungs- und Instandhaltungsämtern haben wir Staatsbetriebe. Die nicht nur zum Segen der dort beschäftigten Arbeiter, sondern der gesamten Bevölkerung sofort sozialisiert werden könnten. Anstatt diese Betriebe in diesem Sinne auszubauen, trägt sich die Regierung mit dem Gedanken, die Bekleidungsämter abzubauen. Das Bekleidungsamt Spandau z. B., das 12.000 Personen beschäftigt, soll nur noch 60 Schneider behalten, denen noch 18 Meister vorgegeben werden sollen. Die Folge dieser Maßnahme wäre eine gewaltige Zunahme des Heimarbeiters, da die Unternehmer nicht daran denken, neue Betriebswerkstätten zu errichten. Der Referent entwarf dann in großen Zügen ein Bild, wie die Bekleidungsämter praktisch sozialisiert werden können durch einheitliche Versorgung der Arbeiter mit Rohstoffen, Einkauf der Stoffe durch Fachleute, die Offiziere haben aus den Ämtern zu verschwinden usw. In den Instandhaltungsämtern müssen aus alten Sachen billige Kleider hergestellt werden, sie können auch eigene Färbereien und Webereien einrichten, durch Errichtung von Verkaufsläden an die Bevölkerung direkt billige Bekleidungsstücke abgeben. Um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Privat-erzeugung darzulegen, hat der Referent auf Grund eines Stundenlohnes von 2,50 M. die Preise einzelner Kleidungsstücke berechnet, sie würden betragen für einen fertigen Anzug 155 M., für einen Wäster 130 M., für eine Hose 54 M., für eine Jacke 33 M. usw. einschließlich 25 Prozent Zuschlag für den Händler. — Nach kurzer Diskussion, in der Herr Hauptmann Drogan vom Kriegsministerium erklärte, keine Vollmacht zu haben, zu dem hier entwickelten Programm Stellung zu nehmen, da ja auch die Nationalversammlung in Weimar erst entscheiden wird, was von der Armee überhaupt noch übrig bleibt, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Bekleidungsämter müssen unter allen Umständen nicht nur auf dem jetzigen Stand erhalten, sondern noch weiter ausgebaut werden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß sämtliche Bekleidungsämter vom Kriegsministerium abgelöst und unter die Leitung einer besonderen Behörde gestellt werden. Diese Behörde hat die Aufgabe, mit den Bekleidungsämtern unter Hinzuziehung des Ausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte, der Kriegsbekleidungs- und Instandhaltungsämter und den Gewerkschaften die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, die Beschaffung von Arbeit zu sichern, dadurch, daß zunächst die Bekleidung der Staats- und Privat-eisenbahnen, Beamte und Arbeiter der Post, Kommune, Feuer-wehr, Krankenkassen usw. sowie Polizeitruppen und das noch bestehende mobile und immobile Heer in eigene Regie zu übernehmen.

Weiter fordern wir, daß die Bekleidungsämter ausgebaut werden zu Unternehmungen, die in der Lage sind, Herren- und Knabenkonfektion, Wäsche, Ober- und Unterwäsche anzufertigen, um zu erreichen, daß diese Betriebe allein durch die Zahl ihrer Beschäftigten für die gesamte Arbeiterschaft der Schneiderei eine Garantie bieten, daß der geschäftlich festgesetzte 8-Stunden-Tag in vorbildlicher Weise durchgeführt wird und damit auch die Heimarbeit abgebaut werden kann.

Wir fordern von der Regierung, daß sie diese Vorschläge prüft und uns Gelegenheit gibt, in einer persönlichen Aussprache mit uns und dem Ausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte der Kriegsbekleidungsämter sowie der Instandhaltungsämter durchzusprechen, damit wir zu diesen Forderungen noch unsere Begründung mündlich geben können.

Wir fordern innerhalb einer Frist von 14 Tagen von der Regierung eine Antwort auf diese Resolution.

Kollege Eder gab zum Schluß noch einen Bericht über die vom Verband im Januar 1918 eingerichtete Betriebswerkstätte, woraus zu entnehmen ist, daß diese ursprünglich nur zur Herstellung von Sandläden bestimmt, sich zu einem technisch vollendeten Großbetrieb mit 200 Beschäftigten entwickelt hat.

Die Drahtzieher und Werkstattdarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigten sich in ihrer letzten Versammlung mit den Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite. Kollege Trippl erstattete Bericht. Er schilderte das erbärmliche Verhalten der Unternehmer, ehe es zu einer Einigung kam. Immerhin seien in einzelnen Betrieben nennenswerte Verbesserungen erreicht worden. In der Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer gegen die Kriegsbeschäftigten zerpflückt. Bei Siemens sei das Verteilen von Zetteln politischen Inhalts verboten; gegen die Arbeiterschaft würde mit allen Schikanen gearbeitet. Wegen die Festlegung durch Kollektivvertrag wandten sich alle Diskussionenredner, da er nur eine Fessel der Arbeiter bedeute. Bei der Abstimmung wurde der Abschluß eines Kollektivvertrages einstimmig abgelehnt. Zum Bräutigam wurde Kollege Dirkmann gewählt. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, nur noch in der „Freiheit“ und der „Roten Fahne“ zu inserieren.

Keine Einigung der Bankbeamten. Der Allgemeine Verband der Bankbeamten teilte mit: Die heutigen Einigungsverhandlungen zwischen dem deutschen Bankbeamtenverein und dem gewerkschaftlichen Allgemeinen Verband der Bankbeamten sind in der Hauptsache daran gescheitert, daß der deutsche Bankbeamtenverein im Gegensatz zum gewerkschaftlichen allgemeinen Verband der Bankbeamten es abgelehnt hat, seinen gesamten Organisationsverband in den auf Verluß des Bankbeamtenparlamentes neu zu gründenden „Bund der Bankbeamten“ mitüberzuleiten.

Groß-Berlin.

Befehlsgewalt und Verkehrsform in der Schutzmannschaft.

Eugen Ernst, der neue Polizeipräsident von Berlin, glaubt etwas tun zu müssen, um den Anschein zu erwecken, als segels auch er in neuen Bahnen. Und er... revolutioniert? Nein, er reformiert nur. „Als zum Erlaß einer neuen Dienstvorschrift für die Schutzmannschaft“ erläßt er einige Bestimmungen über die Befehlsgewalt und Verkehrsform in der Schutzmannschaft. Die Befehlsgewalt legt er in seine eigenen Hände, aber die Ausführung überträgt er dem Polizeileutnant und Kommandeur der Schutzmannschaft. Und dessen Name ist Fröhlich. Wir haben diesen Mann, einen Exreaktionär, kürzlich in der „Freiheit“ absonterlich. Die Berliner Arbeiter kennen ihn von früher, wo auf seinen Befehl so mancher Schutzmannsäl auf den Knien von Demonstranten und Streikenden herabfiel. Aber auch die Schutzleute, die ihr Amt anders auffassen, als sich gegen ihre wirtschaftliche und politische Rechte vertretenden Staatsbürger gebrauchbar zu lassen, haben mit Ingridum erfahren, daß Oberst Fröhlich wieder das Oberkommando über die Berliner Schutzmannschaft erhalten hat. Und seinen sowie den Befehlen der von ihm ausgesuchten unteren Vorgesetzten haben die Schutzleute Gehorsam zu leisten“. So will es Eugen Ernst. Das ist die erste „Reform“.

Dann „reformiert“ Herr Ernst weiter: Die militärische Grupp-pflicht hört auf! Doch halt, das klingt zu revolutionär. Und deshalb heißt es gleich weiter, daß vorausgesetzt wird, daß der Grupp als Ausdruck gegenseitiger Achtung von Seiten der Beamten den Vorgesetzten erweisen und von diesen erwidert wird. Und dann wird auch gleich wieder die militärische Grupp-pflicht, die Herr Ernst eben erst wegreformiert hat, wieder eingeführt. „Das Größen der Beamten in Uniform hat durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung zu erfolgen. Jeder Beamte hat im Verkehr mit Vorgesetzten eine angemessene Haltung zu wahren!“ Angemessen! Warum sagt nicht Herr Ernst gleich: stramm e Haltung. Dann wissen doch die Schutzleute wenigstens gleich, daß sie wie früher wieder, Haken, zusammen und Hände an der Hosennaht; sich vor ihren Vorgesetzten aufhängen müssen.

Was sonst noch in dem Erlaß als „Erleichterung“ der Verkehrsform angeführt wird, ist nicht der Rede wert.

Die Berliner Schutzmannschaft, soweit sie von dem Hauch der neuen Zeit berührt ist, erwartet etwas anderes als solchen Wechsellag. Aber von Herrn Ernst, der doch nur eine Suppe auf dem tyralischen Teller am Alexanderplatz ist, können sie nichts anderes erwarten. Er muß tanzen wie die Drahtzieher, an der Spitze Herr Oberst Fröhlich, es wollen.

Spartakusprozesse in Rodbit.

Wegen Bandenfriedensbruch und Aufruhr hatten sich gestern der 23jährige Schriftsteller Konstantin Heintich und der 23jährige cand. phil. Karl Lurel vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Beide werden beschuldigt, sich „einem bewaffneten Haufen angeschlossen zu haben“, indem sie sich in der sogenannten Spartakuswoche der Besetzung des Moskauer zur Verfügung gestellt hätten. Der erste Angeklagte Heintich machte interessante Ausführungen über seine Stellung zum Marxismus, den er ablehnt. Als Anhänger Tolstoj steht er auf dem Boden eines Kommunismus, der jede Gewaltanwendung verweigert. Er ist in dem Moment zu Moskau gekommen, als der Kommandant Drogan jene Ansprache vom Balkon des Gebäudes an die Menge gehalten hat, in der er ankündigte, das Haus oder in die Luft sprengen zu wollen, bevor er es übergabe. Da ist er in das Haus hineingegangen, um dieses Anschlag zu verhindern und die Leute von ihrem Vorhaben abzuhalten.

Auch der Angeklagte Lurel, der aus guter Familie stammt, er ist der Sohn eines Staatsrats, ist nur eine Nacht im Moskauer Gebäude gewesen, um, wie er sagt, die revolutionäre Bewegung von innen heraus kennen zu lernen. Er nennt sich extremer Sozialist in Bezug auf das Ziel, aber nicht auf die Mittel. In wissenschaftlichen Studien sucht er die Marx'schen Begriffe vom Mehrwert und von den Krisen in Beziehung zu sehen zur Biologie und Physiologie. Bis Dezember vorigen Jahres war er bei den Reichshilfssozialisten und den Unabhängigen gleichzeitig politisch organisiert. Von den Marxisten wurde er immer ausgelacht, wenn er seinen biologischen Sozialismus vertrat und ihm gesagt, er verstände nichts davon. In seinen weiteren Ausführungen schildert der Angeklagte die Gemütsregungen, die die Ergebnisse im Moskauer in ihm auslösten. Es wird danach als Sachverständiger der Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld benommen, der den Angeklagten seit 1913 kennt und in Behandlung hat. Er fährt aus, daß es sich bei dem Angeklagten um eine erhebliche erbliche Belastung väterlicherseits handelt. Der Vater erkrankte in einem Anfall von Verfolgungswahn durch Selbstmord. Eine krankhafte Störung der Geschlechtsfertigkeit auf erblicher Grundlage nach 21 zeigt vor. Mag unter normalen Verhältnissen sonst die freie Willensbestimmung vorhanden sein, so ist in ungewöhnlichen Zeiten, wie bei einer Revolution, sein Wertensystem doch nicht mehr instand, den Forderungen gegenüber seine Ruhe und Stabilität zu bewahren.

Der im ersten Prozeß verurteilte Student Appel wurde als Zeuge vernommen über die Rolle, die der Angeklagte Heintich bei der Moskauer Besetzung spielte. Er machte zugleich Aussagen über den zwischen der Moskauer Besetzung und dem Stadtkommandanten Kuhn abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag, in dem erstere als „kriegsführende Macht“ anerkannt wurde. Der Antrag der Verteidiger, Kuhn sowie Ebert und Scheidemann als Mitunterzeichner eines zweiten Vertrages als Zeugen zu laden, wurde die bei den früheren Prozessen vom Gerichtshof abgelehnt. Der Staatsanwalt betonte, daß es bei der Beurteilung der Straftaten nicht auf die Absicht des einzelnen ankomme, es genüge vielmehr, wenn er sich körperlich in einer bewaffneten Menge befände und das Bewußtsein habe, daß diese Menge Gewalttätigkeiten ausüben wolle. Beide Angeklagte seien deshalb des Aufruhrs und Bandenfriedensbruchs schuldig und er beantrage unter Anrechnung mildernder Umstände bei Lurel gegen diesen 6 Monate, gegen Heintich 9 Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld als erster Verteidiger hob den Unterschied hervor, der diese beiden Fälle von den bisherigen Prozessen unterscheidet. Beide Angeklagten hätten nicht die Absicht gehabt, sich einem bewaffneten Haufen anzuschließen. Heintich sei im Gegenteil gerade mit der Absicht hineingegangen, Gewalttätigkeiten zu verhindern.

Der zweite Verteidiger, Justizrat Dr. Werthauer, kommt bei der Unterbrechung des Begriffs der Staatsgewalt zu der Frage, ob nach dem Sturz der alten Staatsgewalt die neue Regierung schon als Staatsgewalt im Sinne des Gesetzes angesehen sei. Es handelte sich hier viel eher um den Kampf zweier politischer Parteien um die Gewalt, und eine Kampftruppe einer solchen Partei sei keine öffentliche Zusammenrottung, wie sie der Gesetzgeber verstanden wissen wollte. Weiter genügt es zur Festhaltung des Tatbestandes nicht, körperlich einer Zusammenrottung anzugehören, wenn der Geist und Wille nicht dabei ist. Politisch und Recht müssen voneinander getrennt werden. Politische Prozesse sind unangenehm für die Rechtspflege, wenn man bedenkt, daß die politischen Machtverhältnisse sich jeden Augenblick ändern können! — Nach längerer Beratung verkündete das Gericht dem Antrag der Verteidiger gemäß die Freisprechung der

WELTEN Angeklagten. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Ueberfall einer Spielhölle.

Zu der Nacht zum Donnerstag gegen 3 Uhr morgens brangen in den Spielklub Augsburgs Straße 72 (Leiter: Saetelaw) 5-6 Soldaten und eine Zivilperson ein. Der Türhüter wurde mit dem Revolver bedroht, falls er nicht öffnete. Die Soldaten drangen dann in den Raum ein und forderten die Anwesenden auf, die Hände hoch zu halten. Falls jemand widerstände, etwas zu unternehmen, würden sie von ihren Revolvern und Handgranaten Gebrauch machen. Die Soldaten visitierten dann alle etwa 300 Anwesenden und nahmen ihnen das Geld und den Drogen die Schmuckstücke ab. An Geld haben sie circa 55 000 Mark erbeutet. Die mitgenommenen Schmuckstücke haben einen ungeheuren Wert. Der Kassierer des Klubs mit dem Geld ist aber nicht erwischt worden. Einem der Spielteilnehmer war es aber doch gelungen, das Haus heimlich zu verlassen und er holte Polizisten und Sicherheitsbeamte herbei. Als diese erschienen, kam es zu einer Schießerei, wobei ein Mann der Sicherheitswehr erschossen und einer verwundet wurde.

Bei dieser Gelegenheit sei noch besonders erwähnt, daß in den Spielklubs, die es zu hunderten in Berlin gibt, eine ungeheure Menge Drogen verschwendet wird, während überall Einschränkungen gefordert werden. Ich denn die Polizei machtlos gegenüber diesen Spielklubs? Auch in bezug auf Essen und Trinken fehlt es in diesen Klubs an nichts. Kinder und Kranke können die ihnen fehlende Nahrung nicht erhalten, aber diese Drogen und Parasiten führen dort ein Schlaraffenleben; neben großen Fleischmengen kommen ganze Schüssel Eier usw. auf den Tisch. Sie können es ja bezahlen; es gibt ja noch genug, die für sie arbeiten.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ E. G. m. b. H.

Bezugnehmend auf die Inserate betr. Generalversammlung der Genossenschaft, am Montag, den 24. d. Mts., wird darauf hingewiesen, daß nur die bisher gerichtlich eingetragenen Genossen zugelassen werden. Die Versammlung wird pünktlich um 6 Uhr eröffnet. J. A. R. Käter.

Die Abbeförderung der beschäftigungslosen Arbeiter.

Nach der Verordnung des Demobilisationsamtes über die Entlassung, Entlastung und Entlohnung von Arbeitnehmern während der Zeit der Demobilisation, sollen Arbeiter, die in den ersten fünf Tagen nach ihrer Kündigung in ihre Heimat fahren, für sich und gegebenenfalls auch für ihre Familie freie Fahrt auf der Eisenbahn erhalten. Für die Erlangung der Fahrtausweise ist die polizeiliche Abmeldung und eine Bescheinigung des Arbeitgebers über den Zeitpunkt der Kündigung erforderlich. Die Fahrtausweise, die von den Ortspolizeibehörden ausgestellt werden, berechtigen zur Fahrt in der 4. Wagenklasse, jedoch kann kranke, sowie alte und gebrechliche Personen auch die Fahrt in der 3. Klasse gestattet werden. In letzterem Falle muß jedoch der Schein von der Abfahrtsstation umgeschrieben werden. Die Reise muß innerhalb 5 Tagen nach erfolgter Kündigung angetreten werden. Vom Reiseantritt ab gilt der Fahrtausweis noch 4 Tage und verliert dann die Gültigkeit. Ferner müssen die Reisenden den auf dem Ausweise angegebenen Reiseweg genau einhalten; sie können auch gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge nicht in eine höhere Wagenklasse übergehen. Anspruch auf freie Fahrt haben alle gewerblichen Arbeiter im Sinne des Titel 7 der Generalsverordnung.

Die Lebensmittelbeschreibungen in Wilmersdorf, über die der Arbeiter- und Soldatenrat berichtet, veranlassen den Magistrat, gegen die Devisierung Stellung zu nehmen. Die gegen den Richter der Abteilung für Nahrungsmittel im Lebensmittelamt erbobenen Anschuldigungen seien im Beisein der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates eingehend geprüft und für unbegründet erklärt worden. Es handelte sich um Mittelpersonen, denen sich die Magistrat bedienen mußte, um minderwertig erwerbene Lebensmittel zu verkaufen. Der Magistrat habe es einmütig abgelehnt, den Beamten zu suspendieren.

Demgegenüber betonten Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, daß ihre Anklagen sich nicht gegen einen einzelnen Beamten, sondern gegen ein ganzes System richteten, unter dem die gesamte Bevölkerung leidet. Die Tatsachen seien festgestellt und von dem Dezernenten auch nicht bestritten. So seien die 120 Zentner durchaus brauchbare Gruppen nach dem Vorfahren an eine Firma, die in Wirklichkeit nicht existiert, geliefert worden. Die Unterschriften sind gefälscht. Große Quantitäten anderer Lebensmittel sind verschoben worden nach den Vieckereien an Firmen, die gar nicht existieren. Auch hier ist mit Fälschungen operiert worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat alle Dokumente und Belege im Verbe-

halten lassen. Anstatt nach dem Urheber des Materials zu forschen, tut der Magistrat gut daran, mit aller Energie den Schiebern zu Leibe zu gehen. So wie er es tut, magt er sich mitverantwortlich für den Skandal.

Auch die „Wilmersdorfer Zeitung“ brachte gestern ein langes, ansehnend magistratssoffizielles Memorandum, worin sie die Anklage des A- und S-Rates abzuklären sucht, indem sie sie als ein Waidmännchen bezeichnet. Sofern der Artikel des Wilmersdorfer Ortsblattes auf die vom A- und S-Rat angeführten Tatsachen einget, gibt er mehr zu, als er beiträgt. Kränzend für den Geist, der in der Wilmersdorfer Lebensmittelschilde herrscht, ist, daß man angibt, die nach den Feststellungen des A- und S-Rates verschobenen Waren seien gar nicht verschoben, sondern der Wagnisse zur Verfügung gestellt worden, da sie von Wilden besetzt gewesen seien. Man muß präzisieren, was man so plumpe Ausreden benutzt.

Schule für schwachfüßige Kinder. Der Magistrat Berlin hat die Errichtung einer dreiklassigen Schule für stark schwachfüßige Kinder zum 1. April d. J. beschlossen. Es handelt sich in der Hauptsache um solche Kinder, die im wesentlichen an den Folgen von früherer Hornhauterkrankung, von hochgradiger Kurzs- und Weitsichtigkeit ohne und mit angeborenen Krümmungsfehlern der Hornhaut leiden, selbst nach Korrektur mit stärksten Gläsern keine genügende Besserung zeigen, jedoch um angeborene Entzündungsbemerkungen des Auges und um Erkrankungen der Sehnen und der Netzhaut. Für diese Schule ist das Schulhaus der 11. Gemeinde, die in der Georgenkirchstraße in Aussicht genommen werden, darf sich wegen seiner Zentrallage hierzu besonders eignen. Die Werkstätten für diese Schule sind nicht erheblich. In Stralburg, Mühlhausen u. a. Städten hat man mit diesen Schulen die besten Erfahrungen gemacht.

Nachforschung nach dem Verbleib von Kriegsgefangenen. Noch immer gehen zahlreiche Anfragen über den Verbleib von Kriegs- und Zivilgefangenen beim Kriegsministerium, Abteilung Kriegsgefangenenwesen ein. Derartige Anfragen sind, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, dem Zentralnachweisedureau, Berlin NW, Neothoenstraße 43, unmittelbar zu überweisen.

Für Wilmersdorfer Kriegsteilnehmer. Dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlin-Wilmersdorf ist nunmehr vom Staatskommissar für die Kriegswohlfahrtspflege die Genehmigung für die Vermohtung und Verteilung des Restbetrages der freiwillig in Wilmersdorf beantragten Hausammlung zwecks Weihnachtsbeförderung der in Wilmersdorfer Lazaretten untergebrachten Soldaten gemäß seines Antrages erteilt worden. Der Betrag von ca. 17 000 Mark soll durch Verteilung an hilfsbedürftige oder invalide Wilmersdorfer Kriegsteilnehmer oder deren Angehörige Verwendung finden. Die Verwendung erfolgt durch eine Kommission, zu der Herr Hans Reichländer, Wilmersdorf, Spichernstraße 10, zwei Volksbeauftragte des A- und S-Rates und je ein vom Magistrat sowie vom Bund der Kriegsbeschädigten zu ernennender Vertreter angehören. Etwasige jetzt schon zu stellende Anträge sind an die Volksbeauftragten des A- und S-Rates, Berlin-Wilmersdorf, Rathaus, Zimmer 17, zu richten.

Gegen die Antragsrezeption erhoben die am 19. Februar zusammengetretenen Arbeiter- und Soldatenrat Grob-Berlins entschiedenen Protest und sprachen den in den Streik getretenen Arbeitern des Aufretriebers ihre warme Sympathie aus. Die Verantwortung für die schweren Gefahren des Wirtschaftslebens trifft die Regierung. Die sofortige Zurückberufung der Truppen aus dem Ruhebatter muß sofort erfolgen.

Kinderreiche Familien, die sich in Wohnungsnot befinden, werden ersucht, sich beim Mieterbund Grob-Berlin, und zwar schriftlich oder mündlich bei Pastor A. D. Kölsche, Berlin SW 47, Lichterfelder Straße 23, zu melden.

Freie Turnerschaft Lichtenberg turnt jetzt in folgenden städtischen Turnhallen Lichtbergs: Männer-Abteilung: Dienstag, Freitag, 8-10 Uhr abends, Städtische Turnhalle in der Röllendorferstraße - Postamt. - Frauen-Abteilung: Mittwoch, 8-10 Uhr, Röllendorferstraße - Postamt. - Jugend-Abteilung: Montag und Donnerstag, 8-10 Uhr abends in der Städtischen Turnhalle Bürgerheimstraße. - Schüler-Abteilung: Ab 4 März jeden Dienstag 6-8 Uhr abends, Städtische Turnhalle Röllendorferstraße - Postamt.

Freie Turnerschaft Neukölln-Brig. Turnabend der Männerabteilung jeden Freitag, die der Bekleidungsabteilung jeden Mittwoch, und die der Frauen jeden Dienstag, abends von 8-10 Uhr, in der Turnhalle Donaustraße. Gäste willkommen.

Briefkasten.

Schluß. Wir können Ihre Berichte leider nicht aufnehmen, da kein Raum übrig. Der „Vormarsch“, den Sie uns als Musterbeispiel nennen, ist in dieser Beziehung besser daran.

Aus den Organisationen.

Neukölln. Auhung Genossen und Genossinnen! Stellt euch zur Wahlarbeit zur Verfügung. Die Wahlen sollen morgen (Sonntag) noch ein Flugblatt verbreiten, in welchem sie gegen uns in schmutzig-carrier Weise vorgehen. Sie wollen die Tätigkeit des A- und S-Rates in den Schmutz ziehen. Politischer Anstand ist es nicht, in letzter Stunde den Gegner mit Rot zu beverien. Warum kommen sie nicht früher, um so Gelegenheit zum antworten zu geben. Aber man hat allen Grund, dieser Antwort aus dem Wege zu gehen. Wir sind es ja von diesen Ausgenossen nicht anders gewohnt. Also seit auf der Haut! Begegnet diesen Angriffen und sorgt für den Sieg unserer Liste, welche beginnt mit dem Namen Lachmann!

H. S. P. D. Neukölln. Heute (Freitag) abends 6 Uhr, im Restaurant „Gumbertus“, Kaiser-Friedrich-Str. 86: Öffentliche Wählerversammlung.

Schöneberg. Sonntag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, findet im Zimmer 144 des Neuen Rathauses eine Arbeiterrats-Sitzung statt. - Montag, den 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Gemeindefabrik, Neutriggstr. 57. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung.

Tempelhof. Sonntag, nachmittags von 4 Uhr ab: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. - Am Sonntag finden sich alle Genossen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt, in folgenden Wahlbüros ein: 1. 2. 7. und 8. Bezirk bei Behrend, Ringstraße 6. 3. 4. 5. und 6. Bezirk bei Hoffmann, Werderstr. 23. 9. Bezirk bei Goppel, Germaniastraße Ecke Gottlieb-Dunkei-Straße.

Friedrichshöhe. Sonntag, den 22. Februar, abends 6 Uhr Flugblattverbreitung vom Lokal Söllchen, Berliner Straße 98. - Zur Wahlhilfe melden sich die Genossen am Sonntag, den 23. Februar, vormittags 8 Uhr, im Wahlbureau bei Sudbrin, Berliner Str. 98.

Grop-Berlin. Sonntag, nachmittags 4 Uhr bei Söllchen, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße, Ausgabe von Stimmzetteln und Materialen. Alle Bezirksleiter und Unterbezirksleiter haben zu erscheinen.

Weißensee. Am Sonntag, den 22. Februar, abends 5 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Ferner werden die Genossen und Genossinnen ersucht, sich zu den Wahlarbeiten am Sonntag, den 23. Februar, morgens 8 Uhr, in den bekannten Verteilungslokalen einzufinden.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wieland, Neukölln. - Verlag „Die Freiheit“ E. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Eubens-Druckerei und Verlagsgehilfschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Von der Beschlagnahme freigegeben

sind die Sittensromane von Solanthe Marés:

Lilli

Ein Sittensbild aus Berlin W

Preis M. 4,-

als Fortsetzung:

Lillis Ehe

Preis M. 4,-

Ein in kräftigen Strichen gezeichnetes Bild der heutigen Verhältnisse in den Großstädten.

Zu beziehen durch:

Dogler & Co., Berlin W 9, Köthener Straße 27, Abtlg. 8.

Für Zeitungs- u. Akzidenzdruckerei wird ein Geschäftsführer, durchaus korrekt und gewissenhaft, erfahren in allen Zweigen der Buchdruckerei, doppelten Buchführung und bilanzsicher, gesucht. Ausführliche, nur schriftliche Offerten bis 1. M. rz. er. erbeten. Verwaltung der Haleschen Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H. Halle (Saale). e. G. m. b. H.

Geschäftsfreudige solide Arbeiter mit grossem Bekanntheitskreis unter Arbeitern in allen Industriepätzen als Vertreter für leicht verkäuflichen vornehmen Artikel bei gutem Nutzen gesucht. Gustav Voigtmann, Berlin SW 47, Hagelberger Straße 52.

Ein hochaktuelles Buch! Scheidemann, Haase, Liebknecht u. a. über Ursprung und Verlauf des Krieges sowie über die Revolution und deren Ziele. Alle Politiker behandeln das gleiche Thema nach ihren unterschiedlichen Parteistandpunkten. Preis pro Stück M. 1,- 10 Stück M. 9,- 100 Stück M. 85,- 1000 Stück M. 750,-. Versandung auch an Einzelpersonen nur gegen Nachnahme. Genaue Adressenangabe bei Bestellungen, die zu richten sind an: Bahmann, Witten-Ruhr, Oberstr. 70.

Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, Im großen Saal der Neuen Philharmonie. Köpenicker Straße 96/97. Tagesordnung: Warum fahren die deutschen Seeleute mit den Schiffen zwecks Einfuhr von Lebensmitteln nicht aus? Referent: Adolf Jöhne, Hamburg, Bevollmächtigter des Deutschen Seemannsbundes. Die Bevölkerung Berlins ist an dieser Frage sehr interessiert und soll hier von berufener Seite Klarheit über die Vorgänge der Seemannsbewegung geschaffen werden. Die Arbeiter Berlins werden ersucht, für Massebeizuch zu sorgen. Der Einberufer.

Waren zu verkaufen: Lichtberg, Schillerstr. 12. Spezial-Behandlung. Magnetsch mit Erfolg. Für innere und äußere Krankheiten jeder Art. Nur gegen schriftliche Voranmeldung. Heilmagnetiseur A. Eisner, Schöneberg, Ebersstraße 33. Beinleiden. OIL Pflle, Fichten, Salzlack, Geschwulst, Hüftverrenkung, Wunden etc. besond. Vibrations-Massage. Sprecht 4-7, Sonntag, 9-12. Nitschke, Kanstr. 60, am Bahnhof Charlottenburg.

Partei-Sekretär. Off. ausführliche Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche und des frühesten Eintrittstermines an Herrn Fritz Weiler, Dortmund, Sternstr. 18. Unabhängige Sozialdemokratische Partei für den Wahlkreis Dortmund-Nörde. G. A. Rat.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Auslässe, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Hate-Kuren, Blutunterstützung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-Eitziehungen-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berührung. Getrennte Räume für Damen und Herren. Ärztlich geleitete Heilanstalt. Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz, 9-1. 4-8, Sonntags 9-11. entfernt sicher in kurzer Zeit (oft weniger eine Sitzung) möglichst ohne Berührung. C. WEISSERT, Invalidenstr. 147, 1. Ecke Bergstraße. Sprecht: 11-12 u. 4-7, Sonntags 10-12, Mittwochs geschloffen. Im letzten Jahre über 1000 Tätowierungen entfernt.

Spezial-Behandlung + von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mundausbrüche, Flechten, Beinleiden, Mannschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach Primärarzt Dr. Hermanns erprobtem, gutem Heilverfahren möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berührung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. glanzvoll bewährt. künstl. Harnsonne. Auf Wunsch Sanatoriumsbehandlung. Dr. Hermanns, Elsassstr. 42, 1 (4 Min. v. Stett. Bahnhof). Sprecht 10-12 u. 3-7 Uhr. Sonnt. v. 10-11 Uhr vorm.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Auslässe, Geschwüre, Ausschlag, Mannschwäche, Mannschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren, Urtin- u. Blutanerhebungen. Im ersten u. letzten Kur-Jahre von Dir. Löser senior. Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz. Behandlungsgarant 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.

Zeitungsfrauen werden noch in nachfolgenden Expeditionen eingestellt. Berlin: Gierhner, Wilsdorfer Straße 92. Schiffbauerdamm 19. Grop-Berlin, Ebertstraße 11. Grop-Berlin, Ringstraße 24. Grop-Berlin, Schillerstraße 60. Niederschöneweide: Grop-Berlin, Ebertstraße 97. Lichtenberg: Engel, Grop-Berlin, 22. Charlottenburg: Borsig, Müller, 68.

PIANOS Adam, Münzstr. 16. große Auswahl gebrauchter. In eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiße Flügel. Kupferbespannung 1800 Mark. Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.